

Wie aktuell ist Brandts Ostpolitik?

Vor 40 Jahren setzte der erste SPD-Bundeskanzler auf Entspannung statt Konfrontation – die Europäische Union folgt seinem Beispiel

WARSAU Die Idee war die gleiche wie 40 Jahre zuvor: Im Gegenzug für die Akzeptanz demokratischer Grundwerte, für Entspannung und Öffnung versprach der Westen dem Diktator im Osten wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Anerkennung seiner Macht. Doch diesmal ging das Prinzip „Wandel durch Annäherung“ nicht auf. In Weißrussland schlug der seit 1994 mit eiserner Faust regierende Staatschef Alexander Lukaschenko die ausgestreckte Hand der EU aus. Kurz vor Weihnachten ließ er nach einer gefälschten Präsidentenwahl die protestierende Opposition zusammenknüppeln. Zumindest vorläufig wird der „letzte Diktator Europas“ sein Land nicht aus dem Würgegriff entlassen.

„Aber“, sagt Knut Dethlefsen, „Wandel durch Annäherung ist eine Strategie der kleinen Schritte.“ Der 41-jährige Leiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen weiß, wovon er spricht. Der aus Schleswig stammende Historiker und Politikwissenschaftler hat soeben in Warschau eine große Konferenz zur Ostpolitik des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (1969-1974) organisiert. Bundespräsident Christian Wulff, der polnische Staatschef Bronislaw Komorowski und SPD-Chef Sigmar Gabriel reisten an, um den 40. Jahrestag von Brandts Kniefall in der polnischen Hauptstadt am 7. Dezember 1970 zu würdigen. Die Geste steht symbolisch für die „neue Ostpolitik“ Brandts, die auf Versöhnung mit den ehe-

maligen Kriegsgegnern und auf Entspannung statt Konfrontation setzte.

„Brandts Ostpolitik hat bis heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt“, ist sich Dethlefsen sicher. Das gelte auch für Weißrussland. Isolation ist der falsche Weg“, sagt der Schleswiger. Allerdings dürfe man das Prinzip „Wandel durch Annäherung“ nicht naiv anwenden, ergänzt Dethlefsen. „Es bleibt eine Gratwanderung, mit Diktatoren und autoritären Herrschern zu reden und im Sinne der Menschen nach Wegen der Zusammenarbeit zu suchen.“

„Wir müssen die dicken Bretter trotzdem weiter bohren. Isolation ist der falsche Weg.“

Knut Dethlefsen

Friedrich-Ebert-Stiftung, Warschau, über die Weißrussland-Politik des Westens

Tatsächlich hat es den Anschein, als hätte Brandts Ostpolitik noch nie so viele Anhänger gehabt wie heutzutage. Die gesamte „Nachbarschaftspolitik“ der Europäischen Union gegenüber den ehemaligen Staaten der Sowjetunion basiert auf den Ideen der Entspannungspolitik der späten 60er und frühen 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. In der Ukraine, in Moldawien sowie in den Kaukasus-Staaten Georgien, Aserbaidschan und Armenien will Brüssel den Ausbau der Zivilgesellschaft und das sogenannte gute Regieren för-

dern, sprich: die Einhaltung demokratischer, rechts- und sozialstaatlicher Spielregeln. Im Gegenzug winken wirtschaftliche Hilfen, wissenschaftlicher und kultureller Austausch sowie eine Einbeziehung in die EU-Strukturen.

Allerdings sind die Erfolge überschaubar. Immerhin nähern sich die „Erbfeinde“ Aserbaidschan und Armenien mit Unterstützung aus Brüssel einander an. In Georgien dagegen hat Präsident Michail Saakaschwili die Opposition immer wieder mit unfairen Mitteln ausgebremst und die Konfrontation mit Russland gesucht. 2008 eskalierte der Konflikt zu einem Krieg. Und in der Ukraine regiert mit Viktor Janukowitsch ein prorussischer Präsident, der wenig von westlichen Grundwerten und viel von „gelenkter Demokratie“ nach Moskauer Vorbild hält.

Russland bleibt ohnehin der Gradmesser für das Gelingen der EU-Ostpolitik. Die Versuche, den Kreml nach dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“ auf den Pfad westlicher Tugenden zu locken, geraten immer wieder ins Stocken. Zuletzt zeigte der Schuldpruch gegen den Putin-Kritiker Michail Chodorkowski, dass Russland noch meilenweit davon entfernt ist, demokratische und rechtsstaatliche Grundregeln zu akzeptieren. Dass es noch deutlich autokratischer geht, zeigt das Beispiel Weißrussland.

„Wir müssen die dicken Bretter trotzdem weiter bohren“, sagt Dethlefsen. Immerhin habe sich die Lage in Russland

durchaus stabilisiert. Und in der Rückschau bleibt festzuhalten, dass die Brandtsche Ostpolitik ihre Früchte erst 20 Jahre später trug: in den friedlichen Revolutionen 1989.

Ulrich Krökel

OSTPOLITIK: VERSUCH DER AUSSÖHNUNG

Der damalige Bundeskanzler und SPD-Chef Willy Brandt (1913-1992) gilt als „Architekt der Ost- und Entspannungspolitik“. Ausgangspunkt war der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 mit der Sowjetunion, der eine Anerkennung bestehender Grenzen in Europa brachte und die Grundlage für weitere Ostverträge mit Polen, der DDR und der CSSR schaffte. Zudem bildete dieser Gewaltverzichtvertrag auch den Rahmen für Beschlüsse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). In der Schlussakte von Helsinki 1975 erkannten die sowjetisch dominierten Staaten die Menschenrechte als universell an. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 konnte die Frage der polnischen Westgrenze geregelt werden. Bis dahin hatte sich die Bundesrepublik gegen einen Verzicht der „Heimat“ von Schlesiern, Ostpreußen und Pommern gewandt. 1972 folgte am 21. Dezember der Grundlagenvertrag mit der DDR mit einem Bekenntnis zur „Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten“. Die DDR konnte nunmehr den Weg zu weltweiter völkerrechtlicher Anerkennung beschreiten. Für die Bundesrepublik öffnete der Vertrag im Sinne von Brandt den Weg zu menschlichen Erleichterungen, zu mehr Reisemöglichkeiten und innerdeutschen Kontakten.

dpa

„Versöhnung ist möglich“

Die Warschauer Ausstellung „Willy Brandt und Polen“ spürt den Wurzeln der Ostpolitik nach und lockt vor allem jüngere Besucher an / Zeitzeuge Egon Bahr erinnert sich

WARSCHAU Egon Bahr ist ein mit allen Wassern gewaschener Politprofi. Und der 88-jährige gebürtige Thüringer, der lange in Schleswig-Holstein und Hamburg lebte, ist ein eher norddeutsch-nüchterner Typ. In diesem kurzen Augenblick überwältigen Bahr jedoch seine Gefühle. „Versöhnung ist möglich“, sagt er beim Rundgang durch die Warschauer Ausstellung „Willy Brandt und Polen“, und fügt hinzu: „Es ist ein Wunder.“

40 Jahre nach dem Kniefall des damaligen Bundeskanzlers in Warschau hat die Fried-

rich-Ebert-Stiftung in Polen eine Schau zusammengestellt, die an die Versöhnungspolitik des Friedensnobelpreisträgers erinnert und ihre Bedeutung für die Gegenwart herausarbeitet. 1970 hatte Brandt die polnische Hauptstadt besucht, um den Warschauer Vertrag zu unterzeichnen. Das Papier schrieb die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze fest. Bei einer Kranzniederlegung vor dem Mahnmal für die ermordeten Juden des Warschauer Gettos sank Brandt schließlich auf die Knie. „Er hat mit dieser unge-

heuren Geste bei allen Opfern des Nationalsozialismus um Vergebung gebeten“, erklärt Bahr im Gespräch mit unserer Zeitung die Bedeutung des historischen Vorgangs.

Für Knut Dethlefsen und seine Mitstreiter von der Friedrich-Ebert-Stiftung war der 40. Jahrestag Anlass genug, die Ausstellung im Museum des Warschauer Aufstands zu organisieren. Dort wird sie noch bis zum Frühjahr gezeigt. Zuvor war die Schau bereits in Danzig und Breslau zu sehen. „Es kommen vor allem viele Jüngere“, berichtet Dethlefsen



Ausstellungseröffnung: SPD-Urgestein Egon Bahr (Mitte) mit der Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Anke Fuchs, und dem FES-Chef in Warschau, Knut Dethlefsen. PIOTR BULAS

zufrieden. „Das wäre sicher im Sinne Willy Brandts.“

Die Ausstellung gibt in Texten, Bildern und Videopräsentationen einen Rundblick über das Leben des ersten SPD-Kanzlers und seinen politischen Weg. Die Wechselfälle der Geschichte führten den Sozialisten Brandt aus dem Deutschland der Zwischenkriegszeit während der Nazi-Diktatur in die Emigration nach Skandinavien und später zurück in die Bundesrepublik. Dort kämpfte er um die Ausöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Osten.

Bahr, damals enger Vertrauter und persönlicher Freund des Kanzlers, erläutert die Bedeutung dieser Politik, die am 7. Dezember 1970 im Warschauer Kniefall gipfelte: „Willy Brandt war ja persönlich ohne Schuld an den Verbrechen der Nazi-Barbarei. Er war in die Emigration gegangen, wofür er später angefeindet worden ist. Und dieser Mann bat im Namen seines Volkes, das so viel Schuld auf sich geladen hatte, um Vergebung.“ 1971 erhielt Brandt den Friedensnobelpreis für seine Versöhnungspolitik. *uli*